

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts sollen strafbar
werden (Pa.lv. 21.513, 21.514, 21.515, 21.516, 21.522, 21.527)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gerber, Marlène

Bevorzugte Zitierweise

Gerber, Marlène 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts sollen strafbar werden (Pa.lv. 21.513, 21.514, 21.515, 21.516, 21.522, 21.527), 2022 - 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Soziale Gruppen	1
Frauen und Gleichstellungspolitik	1

Abkürzungsverzeichnis

RK-SR Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
RK-NR Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
StGB Schweizerisches Strafgesetzbuch

CAJ-CE Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats
CAJ-CN Commission des affaires juridiques du Conseil national
CP Code pénal suisse

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Soziale Gruppen

Frauen und Gleichstellungspolitik

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 24.06.2022
MARLÈNE GERBER

Ende 2021 reichten sechs Nationalrätinnen verschiedener Parteien sechs identische parlamentarische Initiativen ein, die forderten, dass **Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts der Antirassismus-Strafnorm (Art. 261bis StGB) unterstellt** werden. Die Initiantinnen – Min Li Marti (sp, ZH; Pa.lv. 21.513), Marianne Binder-Keller (mitte, AG; Pa.lv. 21.514), Jacqueline De Quattro (fdp, VD; Pa.lv. 21.515), Sibel Arslan (basta, BS; Pa.lv. 21.516), Lilian Studer (evp, AG; Pa.lv. 21.522) und Kathrin Bertschy (glp, BE; Pa.lv. 21.527) begründeten ihr Anliegen mit der weiten Verbreitung von Gewalt und Hass an Frauen, der mit einem klaren Signal – wie demjenigen der Unterstellung unter die Antirassismus-Strafnorm – Einhalt geboten werden könnte. Ob neben der sexuellen Orientierung auch Diskriminierungen und Hass aufgrund der Geschlechtsidentität in die Antirassismus-Strafnorm aufgenommen werden sollten, war auch bereits während der Beratungen zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Reynard (sp, VS; Pa.lv. 13.407) diskutiert worden, die im Februar 2020 an der Urne bestätigt worden war. Die erstberatende RK-NR, die sich Ende Juni 2022 über die sechs neuen parlamentarischen Initiativen beugte, gab diesen mit 16 zu 6 Stimmen Folge.¹

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 23.05.2023
MARLÈNE GERBER

Während sich die RK-NR im Vorjahr noch grossmehrheitlich dafür ausgesprochen hatte, sechs parlamentarischen Initiativen Folge zu geben, die fordern, dass **Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts** der Antirassismus-Strafnorm unterstellt werden sollen, entschied sich ihre Schwesterkommission im Mai 2023 anders: Mit 6 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung gab die **RK-SR** dem durch sechs Parlamentarierinnen unterschiedlichster politischer Couleur portierten Anliegen **keine Folge**. Somit wird sich der Nationalrat im Vorprüfungsverfahren mit der Frage auseinanderzusetzen haben.²

1) Medienmitteilung RK-NR vom 24.6.22

2) Medienmitteilung RK-SR vom 23.5.23